

# Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals G. Kuffermann). Sprechstunden: 9—11 vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 17.

Tiflis, den 2. März 1919.

11. Jahrgang.

Das Abonnement auf die

## „Kaukasische Post“

für die beiden nächsten Monate (März und April) ist eröffnet. Der Bezugspreis ist der nämliche wie bisher: 15 Rbl. Bestellungen werden nur für diese ganze Zeit angenommen. Preis der Einzelnummer auch wie bisher: 85 Kop. Um möglichst baldige Einsendung der eingekammelten Bezugsgelder (dies gilt namentlich den Vorständen in den Ortsgruppen bzw. den örtl. Kommissaren oder Schulgeleitern) wird im Interesse der Erhaltung eines geregelten Geschäftsbetriebes dringend gebeten.

Pünktlichkeit ist eine der hervorragendsten Tugenden des Deutschen. Und deshalb: wollt Ihr Deutsche nicht nur heißen, sondern in Wirklichkeit sein — so seid pünktlich.

Bestellungen und sonstige Aufträge nimmt bis auf weiteres entgegen: Die Geschäftsstelle der „Kauk. Post“ — Tiflis, Michailowskaja Nr. 89, Magazin des Herrn G. Frid (früher G. Kuffermann), Expeditor W. Bauer, täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, zwischen 9—11 Uhr vormittags.

An ihn sind auch alle Korrespondenzen (unter derselben Adresse) zu richten.

Infolge mangelhafter Beteiligung kam die Gemeindeversammlung am 23-ten Februar nicht zustande; deshalb wird zum 9-ten März a. e., um 5 Uhr nachmittags, eine zweite Gemeindeversammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1) Abrechnung für 1918; 2) Voranschlag für 1919; 3) Wortbericht.

Die Versammlung ist bei jeder Anzahl von Anwesenden beschlussfähig; sie ist mit Rücksicht auf die Frauen zu 5 Uhr nachmittags anberaumt.

Anträge zu dieser Versammlung müssen dem Kirchenältestenrat bis zum 6-ten März schriftlich eingereicht sein. 2—1  
Der Kirchenältestenrat.

### Zwei Erklärungen:

„Interessant“ ist das, was viele langweilt — und „langweilig“ das, was viele interessiert.

Aus „So seid Ihr!“ von Otto Weis.

### Friedrich der Große und die Luftschiffahrt.

Es ist keine Seltenheit, daß große Männer neuen Problemen der Technik blind oder abweisend gegenüberstehen. Napoleon I. erkannte die Bedeutung von Luftons Versuchen mit dem Unterseeboot nicht, und derselbe Napoleon schaffte 1799 die beiden Luftschiffertombagnien ab, deren Ballonbeobachtung sich in den Revolutionskriegen vor allen befähigten Plätzen des Rheinlandes als nützlich erwiesen hatte.

Als 1788 Montgolfier und der Physiker Charles ihre ersten epochemachenden Versuche mit Luftballons anstellten, sprach sich der große Friedrich sehr steiflich darüber aus. Wir besitzen darüber ein Gespräch mit dem Berliner Akademiker Thibault, einem Franzosen, der durch seine Erinnerungen an einen zwanzigjährigen Aufenthalt in Berlin oder Friedrich der Große und sein Hof“ (Paris 1804) bekannt ist. Die sonst gute Verdeutschung des Buches (Stuttgart 1901) läßt gerade dies Gespräch aus, das uns heute so modern berührt und das dem Leitbild Thibaults alle Ehre macht.

Zum Jahre 1788 hatte Montgolfier seinen Luftballon mit Auftrieb durch erwärmte Luft konstruiert und Pilâtre de Rozier war mit einer solchen „Montgolfiere“ am 19. Otto-

Wer echten, guten deutschen Naturwein trinken will, wende sich an die Weinhandlung

## „NECKAR“

Gogolewskaja 22, Haus W. Haegle. 5—4

### Einladung

an die Mitglieder der Tifliser Ortsgruppe des Verbandes der transkauk. Deutschen!

Wir erinnern nochmals die Mitglieder obengenannter Ortsgruppe unseres Verbandes daran, daß heute, am 2. März, um 1/12 Uhr vormittags, im Lokal der Deutschen Schule (Kirchenstr., 25, im Hof) eine allgemeine Versammlung stattfindet, auf der in Anbetracht ihrer außerordentlichen Wichtigkeit niemand von ihnen fehlen sollte. Der Vorstand ist nicht in der Lage gewesen, jedes Mitglied besonders, mündlich oder schriftlich, hierzu aufzufordern, da ihm ein genaues Verzeichnis der zur Ortsgruppe gehörigen Personen aus von ihm unabhängigen Gründen nicht zur Verfügung steht und er es somit auch unterlassen zu müssen glaubte, wenigstens denjenigen eine namentliche Einladung, zuzustellen, die ihm als Mitglieder persönlich bekannt sind; da andernfalls ihn der Vorwurf hätte treffen können, daß er bei der Auswahl der Berufenen bewußt einseitig vorgegangen sei. Diesen Umstand mögen all diejenigen im Auge haben, die wegen Ausbleibens einer Sonderanfrage aus gekränkter Eigenliebe der Versammlung fernzubleiben die Absicht haben. Dergleichen sollte die Nichtzugehörigkeit zum georgischen Staatsverbanne keinen hier, in Tiflis, wohnhaften Deutschen, mit Ausnahme der Reichsdeutschen, davon abhalten, die

ber erstmalig in die Luft gestiegen. Gleichzeitig baute der Physiker Charles einen Ballon mit Auftrieb, durch Wasserstoffgas, und mit einer solchen „Schaklere“ stieg am 1. Dezember 1783 der Mechaniker Robert auf.

Friedrich der Große sprach im Frühjahr 1784 mit dem von einer Reise nach Frankreich eben zurückgekehrten Thibault über die „Aerostaten“, sah darin aber, wie dieser sagt, nur eine Art von Narrheit.

„Nun“, sagte er zu ihm, Ihre Landsleute verschmähen jetzt die Erde und ihre schlichten Bewohner und wollen nur noch den Himmel stürmen. Alle Blicke in Frankreich richten sich auf dies einzige Ziel, niemand blickt mehr auf seine Füße. Das ist ich, das ist bewundernswert! Aber wohin, meinen Sie, wird diese Begeisterung führen? Unterwerfen wir diese wunderbaren Hirnspinnstoffe dem Urteil des gesunden Verstandes: was kann man an wirklich Brauchbarem davon erwarten? Für die Astronomie kommt nichts dabei heraus, denn Beobachtungen in der Luft haben keine feste Grundlage. Wie soll der Beobachter seinen Standpunkt bestimmen? Wird er nicht fortwährend verschoben, selbst ohne das man es merkt? Welchen Vorteil könnten solche Beobachtungen überhaupt vor denen, haben, die auf der Erde gemacht sind? Was sind ein paar hundert Ellen mehr im Vergleich zu den Nischenfernungen der Himmelskörper? Hier wenn die Luftballons für die Astronomie wertlos sind, wozu könnten sie sonst dienen?“  
„Ich antwortete ihm“, sagt Thibault, „ich sei nach seinen Ausführungen überzeugt, daß die Astronomie keinen

Versammlung zu besuchen, um dort, wo er nicht mittun zu können meint, wenigstens mitzuraten, nach dem Grundsatz, daß guter Rat nie zu verachten ist.

Der Austruf des Zentralvorstandes unseres Verbandes (s. vorige Nummer der „Kauk. Post“) wird hoffentlich auch manchen, der bis dahin an die Notwendigkeit des engeren Zusammenflusses der transkaukasischen Deutschen nicht glaubte, vom Gegenteil überzeugt haben und ihn jetzt zur Befriedigung kommen lassen.

Es bleibe also niemand daheim, dessen Selbsterhaltungstrieb und Pflichtgefühl gegenüber den Stammesgenossen noch kräftig genug sind, um das große nationale Kulturwerk, das der Verband in Angriff genommen hat, auch zu dem seinigen zu machen!

### Inland.

General Denikin hat die Aushebung sämtlicher im Inland lebender Georgier zum Dienst in der „Freiwilligen-Armee“ angeordnet. Die georgische Regierung hat darauf hin verfügt, den Inhalt des diesbezüglichen Telegramms der englischen Mission mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, auf General Denikin im Sinn einer Abänderung obiger Anordnung einzuwirken, zwecks Verminderung entsprechender Gegenmaßregeln seitens der georgischen Regierung in Bezug auf die in Georgien lebenden Russen.

Der Minister der Landwirtschaft K. Chomeriki fordert in einer besonderen „Erklärung“ sämtliche Landgemeinden auf, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um zu verhindern, das die Bauernschaft, zuwider dem Gesetz vom 7. März 1918, nach welchem den ehemaligen Gutsbesitzern von ihrem bisherigen Landbesitz ein gewisser Teil in der Größe, wie dafelbst vorgesehen ist (die sog. „Norm“), verbleibt, sich dieses Anteils bemächtigt,

Vorteil davon hätte. Aber könnten sie nicht für die Meteorologie von Wert sein? Unsere gelehrten Mathematiker haben unjüngst verucht, die Ursachen und die Theorie der Winde zu entdecken. Wer weiß, ob Beobachtungen nach einem bestimmten Plan und in verschiedenen Höhen uns nicht neue, wertvolle Aufschlüsse geben? Die meteorologischen Beobachtungen, die man in Europa seit noch nicht 100 Jahren anstellt, haben schon gute Resultate ergeben, und die Physiker erwarten für die Zukunft noch weit größere. Wer weiß, ob die Aerostaten die Mittel und Erfolge nicht verdoppeln können?“

„Mag sein“, verriet der König. „Das vielleicht gebe ich Ihnen zu, und ich habe nichts gegen die Versuche. Aber Sie werden mir einräumen, daß die Luftschiffe sonst keinen Zweck haben, zumal sie nie lenkbar sein werden.“

Thibault entgegnete, er wüßte nicht, ob ein Luftschiff nicht lenkbar sein und ob man ein solches nicht erfinden könne. Ihm schien überhaupt, daß die Mehrzahl der großen Entdeckungen für unmöglich gehalten hätte, bevor sie gemacht wurden. Die Möglichkeit erkennen, heißt die Mittel erkennen und damit die Entdeckung machen. Wer das Fernrohr für möglich erklärt und erfunden hätte, bevor der Zufall es uns schenkte, hätte für einen Schwärmer gehalten.

Thibault führte dann die Erfindung des Balloons, der Buchdruckerkunst, ja selbst des Prismas und des Kompasses sowie die Erfindung der Elektrizität an und, zur Lenkbarkeit des Luftschiffes zurückkehrend, sagte er, wenn sie

wie leider mehrfach geschehen sei. Das angeführte Gesetz basiere auf dem Willen des ganzen georg. Volkes, wie er einige Monate nach Ausbruch der Revolution auf einer Versammlung von Vertretern sämtlicher Bauerzgemeinden und hernach auch auf dem Kongreß sämtlicher Arbeiter-Komitee zum Ausdruck gelangte. Diejem Volkswillen gemäß soll jedem die Möglichkeit geboten werden, eine eigene Wirtschaft zu führen, durch eigene Arbeit seine Existenz zu sichern, also auch den früheren Grundbesitzern. Dieser Willenssatz sei auch verständlich, denn die einschüßliche Demokratie Georgiens sei nicht an Minderungen und Zerschlagung gewöhnt, zu denen nur die ungezügelte Masse ihre Lust hat. Bei allen derartigen Bestrebungen würden die Schuldigen vor gerichtlichen Verantwortung gezogen und von der Administration auf Grund des richterlichen Urteils zur sofortigen Schadenersatzleistung herangezogen werden. Gleichzeitig fordert der Minister die ihm unterstellten Behörden (des Landwirtschaftsreferats) auf, die Agrarreform möglichst schnell zu verwirklichen und dabei auf obige mißliche Erscheinung ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Auf Grund von diesbezüglichen Konventionen, die die Republik Georgien, Aserbeidjan und Armenien miteinander abgeschlossen haben, ist mit dem 1. d. Mts. die regelmäßige Postverbindung, desgleichen der Telegraphenverkehr zwischen diesen Ländern hergestellt worden.

### Ausland.

Die Kommission (der Friedenskonferenz) zur Abfassung von Entwürfen für den Völkerverbund hat ihre Arbeit beendet. Außer den Vertretern der fünf Großmächte: England, Frankreich, Amerika, Japan und Italien haben an den Beratungen noch Vertreter folgender Staaten teilgenommen: Belgien, Serbien, China, Griechenland, Rumänien, Tschecho-Slowakei, Polen, Brasilien und Portugal. Diervon ausgehend, hat Wilson diese Kommission als die „wörtliche Vertreterin der ganzen Welt“ bezeichnet, und der amerikanische Sekretär für das Marinewesen Daniels mit großer Emphase von dem „goldenen Tage in den Annalen der Welt“ gesprochen, an welchem „vierzehn Nationen einstimmig ein Dokument gebilligt haben, kraft dessen die Magna Charta und die Deklaration der Unabhängigkeit bloß als Vorboten des unsterblichen Aktes zu betrachten sind, der der Welt in den kommenden Generationen viel Segen bringen wird.“ (Die Fortsetzung dieser Rede ist verknüpft wiedergegeben, und läßt sich aus ihr nur soviel entnehmen, daß unter dem „unsterblichen Akt“ der allgemeine Abschluß des Friedens gemeint ist, der gewissermaßen das goldene Zeitalter der Menschheit, das solange errieht ewige Glück der Völker einleitet). Nur ist an dieser Stelle nochmals zu betonen, wie schon früher wiederholt geschehen,

daß unter den „Vertretern der ganzen Welt“ wiederum das eigentliche Rußland (territorial verstanden), Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Bulgarien und die Türkei nicht vertreten sind, von den Rußlandsländern erst recht zu geschweigen, und daß somit die vermeintliche „Vertretung der ganzen Welt“ am Ende doch einiges zu wünschen übrig läßt. Für die, welche es nicht wissen: Unter „Magna Charta“ versteht man das englische, dem König Johann ohne Land, 1215, abgebrungene Staatsgrundgesetz, im übertragenden Sinn also eine Verfassungsurkunde, die Urkunde der politischen Freiheiten etc.). — Die Meldungen über den Zeitpunkt des Abschlusses eines „allgemeinen Friedens“ lauten sehr verschieden. Während nach einigen derselben, die wir in der vorherigen Nummer unseres Blattes registriert haben, letzterer unmittelbar bevorsteht, ist er, nach anderen Meldungen, nicht vor dem Sommer dieses Jahres zu erwarten. Im großen ganzen macht sich allenthalben eine Unzufriedenheit mit dem „schleppenden Gang“ der Verhandlungen auf der Friedenskonferenz (richtiger — in den Kommissionen) bemerkbar. Es wird dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß mit der Rückkehr Wilson's aus America, wo er erst Anfang dieser Woche eingetroffen ist, nach Frankreich die Tätigkeit der Friedenskonferenz, in beschleunigtem Tempo erfolgen werde. — Die Unterzeichnung des neuen Waffenstillstandsabkommens mit Deutschland (s. Nr. 15 der „R. P.“) soll, laut Verfügung des Obersten Rates der Verbündeten, hinausgeschoben werden, damit die in ihm vorgesehene Bedingungen in den Präliminarfriedensvertrag aufgenommen werden könnten, in welchem u. a. der Umfang des von Deutschland zu entrichtenden Schadenersatzes, die zukünftigen Grenzen Deutschlands und die ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Verbündeten mitbestimmt sein werden. — Die Frage, was mit der deutschen Flotte geschehen soll, wurde darüber entschieden, daß — gemäß dem englischen Projekt — 74 große deutsche Kriegsschiffe versenkt werden sollen, indes die deutschen Unterseeboote zur Verteilung unter die verschiedenen Nationen, die durch sie geschädigt wurden, gelangen dürften: „zur Erinnerung an die deutschen Greuel“. Anfanglich war auch die Verteilung der großen Kriegsschiffe ins Auge gefaßt, wobei England im Hinblick auf die erfolgreichen Leistungen seiner Flotte während des Krieges natürlich den Löwenanteil erhalten haben würde. Doch will England auf diesen Gewinn verzichten und plädiert selbst für die Vernichtung der besagten Schiffe mit der Begründung, daß „Deutschland keine größere Verachtung gezeigt werden könnte, als die, welche sich in der Vernichtung der Flotte ausdrückt. Die modernen Schiffe sind sowohl als Volk wie als Nation kein größerer Schmutz treffen“, usw. Die Vernichtung der deutschen Schiffe soll, wie verlautet, im Atlantischen Ozean vorgenommen werden. — Der dänische Bevollmächtigte hat der Friedenskonferenz

die Einwilligung seiner Regierung in die Wiedervereinigung Schlesiens mit Dänemark unterbreitet, mit dem Vorbehalt, daß die örtliche Bevölkerung durch eine allgemeine Abstimmung (Plebiscit) ihren diesbezüglichen Willen unabweisend kundtut. Dabei hat er folgenden Modus der Abstimmung vorgeschlagen: Die Bevölkerung des nördlichen Schlesiens, wo fast nur Dänen angutreffen sind, die zweifelslos alle für die Wiedervereinigung stimmen würden, sollte die Frage einfach im ganzen mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten, in den süblichen Landesteilen aber, einschließlich Jänsburgs, wo die Deutschen in der Mehrzahl seien, sollte nach Gemeinden abgestimmt werden. Hierbei sei aber Voraussetzung, daß alle Bedingungen einer unbedingten und unbeschränkten Willensäußerung gegeben wären. — Der französische Minister Clemenceau hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Friedenskonferenz, ungeachtet des Verbots der ihn behandelnden Ärzte (besamlich wurde er jüngst bei dem auf ihn verübten Attentat nicht unerheblich verundet), täglich zahlreicher Besuch (40—50 Personen) in dienstlichen und sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten empfangen. Infolgedessen liegt bei ihm die Temperatur und verbrachte er die Nächte fast schlaflos, zumal er wegen der Schulterverletzung am Liegen verhindert ist. Sein Zustand löst trotzdem keine Besorgnis ein, aber nun unterbleibt jede Störung des Patienten, dem das Sprechen ohnehin schwer fällt. — Wie der „Tif. Tit.“ aus „unmittelbarer Quelle“ erfahren haben will, soll zwischen der deutschen und der holländischen Regierung ein Übereinkommen getroffen worden sein, wonach Ex-Kaiser Wilhelm II. nach Hollandisch-Indien übergeführt werden würde. Die „Kreuzzeit.“ protestierte dagegen mit dem Hinweis, daß der Ex-Kaiser zurzeit deutscher Bürger sei und daher wie jeder andere Deutsche sich unter dem Schutze der deutschen Gesetze befinde. Im Zusammenhang hiermit weiß dasselbe Blatt (wiederum aus „direkter Quelle“) zu berichten, daß in Westeuropa, wo alle Welt sich für das „Gericht über den Ex-Kaiser“ interessiert, die Befürchtung weite Verbreitung gefunden habe, er könnte aus Schloß Amerongen, seinem augenblicklichen Wohnsitz, heimlich verschwinden, und zwar durch Unterchiebung seines Doppelgängers, eines gewissen Wilhelm Schwarz, der ihn, wie eine englische Zeitung (der Name wird nicht genannt) angeblich erfahren haben will, schon bei verschiedenen Gelegenheiten, wo Täuschung nützlich, ergriff habe, wodurch auch zu erklären sei, weshalb während des Krieges die Mitteilungen über den jeweiligen Aufenthalt des Ex-Kaisers häufig so widersprechend lauteten, d. h. man ihn zu gleicher Zeit an verschiedenen Orten gesehen haben wollte. Ja, die von dem genannten Blatte wiedergegebene und von ihm selbst als „phantastisch“ bezeichnete Erzählung geht noch weiter, und wird in ihr behauptet, daß der Ex-Kaiser sich eben schon nicht mehr in Amerongen befinde, sondern in einem Walde (!) bei Berlin. Man

im allgemeinen für unmöglich gälte, so wäre ihm das nur ein Beweis, daß sie noch nicht erfunden sei; denn für unmöglich dürfte man nur das wirklich Widerinnige erklären. Die Vogel schlüßlen in der Luft auch eine bestimmte Richtung ein, ebenso die Fische im Wasser, und da unsere Kunst und Geschicklichkeit nur in der Nachahmung der Natur bestände, könnten wir sagen: alles, was geschieht, läßt sich nachahmen.

„Und wenn sollte diese Erfindung zutage kommen? fragte der König. Diese Art zu reisen, wäre äußerst kostspielig, und kein Mensch wäre so reich oder so thöricht, sie zu benutzen.“

„Wahrheit“, sagte Thibault, „würde diese Entdeckung große Arbeit nach sich ziehen. Aber Euer Majestät wissen, daß Rollen bei gewissen Gelegenheiten für die Regierungen keine Rolle spielen.“

„Ja“, versetzte der König, „zum Beispiel, wenn man einen großen Sieg erlitten hat und ein Verbündeter will gerade einen Separatfrieden schließen. Dann kann man ihm den erlangenen Erfolg nicht schnell genug mitteilen. Aber solche Gelegenheiten sind so selten.“

Damit bricht das Gespräch ab. Thibault wagt es nicht, auf verschiedene andere Verwendungsmöglichkeiten des Luftschiffs, z. B. Erkundung einer feindlichen Stellung oder Stellung, hinzuweisen, weil er, wie er sagt, wohl wußte, daß der König ihn nie von Dingen hätte reden lassen, die er besser verstanden mußte als der Professor. . . Und doch hatte dieser recht; schon 1794 in der Revolutionskriege vor Charleroi, erhielt der Luftballon seine Feuertaufe.

Friedrich v. Doppel-Drydenstift.

### Eine Gefangenenhochschule.

Ein bereites Zeichen für den deutschen Kulturwillen und deutschen Organisationsgeist bietet die Hochschule im deutschen Züchtungsgefängnislager zu Wakefield in England. Aber diese großartige Leistung auf dem Gebiete des Unterrichts berichtet näheres A. D. Meyer in einem Aufsatz in der „Internationalen Monatschrift“.

Aber den Ausbau dieser Organisation berichtet das „Vorlesungsverzeichnis für das Winterhalbjahr 1917/18“. Es bezeichnet als Zweck des Unterrichts, „nicht nur für Anregung, Belehrung und Beschäftigung zu sorgen — darin ist bisher genug Tüchtiges geleistet worden — sondern vor allem die Tätigkeit der langen Wintermonate in Bahnen zu lenken, die es dem Hörer ermöglichen, alles in den bisherigen Jahren hindweise Gebotene in ein System zu bringen und zu einem brauchbaren Ganzen abzurunden.“

Die „Wissenschaftlichen Fortbildungskurse“, wie sie ihr Begründer, der Heidelberg Professor Dr. Hermann Wäjen, bezeichnet, schließen sich dem Ausbau der deutschen Universität an. Das Vorlesungswesen zerfällt in fünf Abteilungen: 1) Handels- und Rechtswissenschaften, 2) Neuere Sprachen, 3) Technische Wissenschaften, 4) Naturwissenschaften, 5) Geisteswissenschaften. Die erste Abteilung umfaßt mit Rücksicht auf die große Zahl junger Kaufleute, die sich in den Züchtungsgefängnislagern befinden, die meisten Vorlesungen und Kurse, nämlich 30. Der Unterricht in den neueren Sprachen erstreckt sich in 25 Kursen

auf 11 Sprachen. Die dritte Abteilung umfaßt 16 Vorlesungen über die verschiedenen Gebiete der Logik, und in der vierten Abteilung werden in 28 Vorlesungen die Naturwissenschaften gelehrt, unter denen Chemie und Medizin am stärksten vertreten sind. Die geisteswissenschaftliche Abteilung unterrichtet in 11 Vorlesungen über Philosophie, Geschichte, Literatur, Musik und Kunst. 68 Dozenten gehören dem Lehrkörper dieser kleinen Universität an, und die Beteiligung der Gefangenen an den Kursen ist eine außerordentlich rege.

Wie das Vorlesungsverzeichnis berichtet, waren am 1. August 1917 bereits von 530 Hörern 3700 Eintragungen in die Vorlesungsbücher für das Winterhalbjahr erfolgt. Bis zum 1. Oktober, dem Beginn der Vorlesungen, hat sich diese Zahl sicherlich noch vermehrt, die erkaunlich groß ist, wenn man bedenkt, daß in Wakefield nicht ganz 1400 Deutsche interniert sind. Die Gefangenenhochschule hofft, daß die von ihr erteilte Ausbildung später auf deutschen Handelshochschulen und technischen Lehranstalten eine gewisse Anerkennung finden wird, so daß damit das Fortkommen der Gefangenen in der Heimat gefördert wird.

### Die Schildbürger von Kolmar.

Neben Schoppenfeld und Tripsdrill, Kräpwinel und Schilda wird in Zukunft auch R o l m a r an prangen als eine der Städte, alwo die Weisheit der Stadtväter nicht gerade zum Himmel sährt. Die Kolmar haben es befanulich



erkennt in all diesem Gefasel die Absicht, die öffentliche Meinung Europas von der Notwendigkeit der Abfertigung des Ex-Kaisers unter einen entlegeneren Himmelstreich zu übergeben, um dann um so bequemer die Rolle eines Beschützers des Weltfriedens spielen zu können. — Auch die Familie des Ex-Kaisers läßt Frau Janna wiedererkennen, nachdem ihre Erordnung von offizieller und nichtoffizieller Seite mehrfach bestätigt wurde. Sie soll sich in irgend einem Winkel Rußlands verbergt haben und werde für zur passenden Zeit wieder zeigen. Nur der Ex-Zar Nikolai II. soll wirklich das greuliche Ende gefunden haben, über das wir femer berichtet werden. Die Ex-Kaiserin-Witwe Maria Feodosowna und ihre Tochter, die ehemalige Großfürstin Xenia, sollen nach wie vor in der Krim leben und sich der besten Gesundheits erfreuen. — In München hat sich die Lage nicht gebessert. Ein Kongreß der Arbeiter- u. Soldatenräte soll den Beschluß gefaßt haben, ein neues Ministerium, und zwar diesmal ein rein-sozialistisches zu wählen. Der Landtag soll wieder zusammentreten, sobald die Verhältnisse es erlauben werden. Die bayerische Verfassung soll dahin geändert werden, daß die Arbeiter- und Soldatenräte als staatliche Institutionen bestehen bleiben und als unantastbar (nach dem Grundfaß der Immunität) zu gelten haben. Jedem Minister soll je ein Vertreter dieser Räte als Beirat zur Seite gestellt werden u. s. w. Der Streik wurde am vorigen Montag abgedroht, offenbar weil die Verpflegungskrisis einen gefährlichen Charakter annahm. Nur am Mittwoch, dem 26. 2., war anlässlich der Verdigung des ermordeten Ministerpräsidenten wieder „allgemeine Ruhe“ angeordnet worden. — Im Ruhrgebiet (Westfalen) herrscht Ruhe und Ordnung. Der Führer der Spartakus Kaudern, der arretiert worden war und auf dem Wege zum Gefängnis zu entfliehen versucht hatte, wurde niedergeschossen. — In Wülheim (Achtland) weigerte sich der „Soldatenrat“, gegen die Regierungstruppen Front zu machen. Er wählte einen Soldatenrat, der sich mit Entschiedenheit für den Standpunkt aussprach, den die Zentralregierung einnimmt. Der „Soldatenrat“ ist gewillt, in Wülheim Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und die Entwaffnung der Spartakus und Matrosen durchzuführen. Die Ablieferung der Waffen hat bereits begonnen. In der Nacht auf vorigen Sonntag wurden aus der Wülheimer Abteilung der Staatsbank 170 000 Mark entwendet, doch sind bereits fünf der Täter dingestift gemacht worden. — In Wanneheim (Baden) ist die Spannung der politischen Lage immer noch nicht beboben. Nach wie vor kämpfen hier die „Mehrheits“-Sozialisten mit den „Unabhängigen“ um die Vorherrschaft. Letztere sind mit Waffen und Munition reichlich versorgt. Da die Eisenbahnlinie von Baden nach Mannheim frei ist von Aufhebungen, so hat die bayerische Regierung den Verlagerungsstand hier aufgehoben. Die Verbindung zwischen Karlsruhe und dem Norden ist wiederhergestellt. —

fertig gebracht, einen Rembrandt zu verkaufen, um mit den erlösten Gelde eine französische Privatsammlung zu erwerben, die an und für sich zu erwerben wünschenswert war, für die man aber nicht den Rembrandt hätte hergeben sollen. Denn die Mittel für den Ankauf der französischen Privatsammlung hätten sich auch auf anderem Wege beschaffen lassen. Das Tollste bei der Geschichte ist aber, daß die Kolmarer bis heute noch nicht einsehen, mit welcher Schamheit und mit was für „Glück“ sie ihren Rembrandt losgeworden sind. Man ging bei dem Verkauf auch möglichst wenig geschäftsmäßig vor und wandte sich nicht an eines der großen Kunstauktionshäuser, bejeden man für das Bild leicht eine Million bekommen hätte, sondern bot es einfach dem Münchener Händler Böbler an. Dieser zahlte schlankwegs die 400 000 Mark und verkaufte das Bild kurze Zeit danach für eine Million nach Schweden. Inzwischen hat es sich erwiesen, daß die französische Privatsammlung überhaupt nicht verkauft wird, und somit ergibt sich die Situation, daß die Kolmarer ihren Rembrandt los sind und keine Privatsammlung, wohl aber 400 000 Mark in der Tasche haben. Ferner hat sich der Kunsthändler Böbler verpflichtet müssen, eine Kopie des Rembrandt kopienlos — man denke kopienlos! — den Kolmarer zu stiften. Also alles in allem: ein gutes Geschäft, bei dem das bare Geld schon im Stadtsäckel flingt. — Die Kolmarer haben verschiedene Meisterwerke deutscher Kunst im Besitz. Wenn sie am Verramschen Geschick finden sollten, wird vielleicht nächstens die „Madonna im Rosenhag“ daran kommen.

In Hamburg, Altona und Wandsbek ist der Belagerungszustand auch aufgehoben worden. — Die Polen setzen ihre Angriffe in der Provinz Posen fort. Eine Mitteilung der deutschen Zentralregierung enthält die Namen einer ganzen Reihe von Ortsgruppen, die von den Polen überfallen wurden oder bedroht werden. Unter letzteren befindet sich auch die Stadt Kolmar. In Wiesenbach, östlich von Namisch, erklärten polnische Truppenteile, daß sie nicht die Absicht hätten, die mit den Ententemächten abgeschlossenen Verträge zu beachten und daß — im Gegenteil — der Vormarsch fortgesetzt werden müsse. Angeht dieser Eigennützigkeiten erscheint die Nachricht, daß der bayerische Zentral-Arbeiterrat sich gegen die Bildung einer deutschen Di-Armee ausgesprochen habe, zwecks „Verhinderung ihrer Verwendung seitens der Junker gegen die Revolution“, zum mindesten sonderbar, was auch bezüglich der Meinung des gen. Rates gilt, als bürde die Frage betreffs der Di-Armee nicht mit der Waage in der Hand, sondern dadurch gelöst werden, daß das deutsche Volk dem dort erwachenden neuen Leben sich durchzusetzen helfe und dem Kampfe für die Freiheit seine Unterstützung angebeihen lassen würde. Freilich machen die späteren Vorgänge in Bayern diese Auffassung des Arbeiterrats, der offenbar auch bolschewistisch gestimmt ist, einermäßen erklärlich. — In Warschau ist der polnische Landtag eröffnet worden. — Die polnische Armee hat Breslitz-Litzka besetzt. — In der Ukraine, die fast ganz in den Händen der Bolschewiki ist, wird in nächster Zeit ein Kongreß der örtlichen Räte stattfinden, auf dem u. a. die Solidarität dieser Republik mit anderen Räte-Republiken festgelegt werden soll, und sind zu diesem Zweck Vertreter Rußlands, Katwien, Litauens und Weißrußlands zu dem Kongreß eingeladen worden. Die Regierung der Sowjet-Regierung wird aus Scharow nach Kijew verlegt. Die Armee Petljuras hat, nach bolschewistischer Meinung, so gut wie aufgehört zu existieren. Petljura hat sich mit dem Rest seiner Getreuen den Verbündeten angeschlossen, ohne deren Zustimmung er nichts unternehmen darf. In den von seinen Truppen noch besetzt gehaltenen Landesteilen ist die Militärdiktatur Petljura's, Grew's und Konowalesy proklamiert. Jedem Regiment sind französische Offiziere (je 8) zuzumandiert, die den Stab des Regiments bilden. Winnitscheno und Schow sind aus dem Besitze des Direktoriats ausgeschlossen. Petljura hat den Befehl erlassen, Winnitscheno zu verhaften, doch verweigerte das hiermit beauftragte Truppenangebot die Ausführung des Befehls. Winnitscheno hat seinerseits einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in welchem er sie zum Kampf gegen die fremdländische Einmischung und zur Bildung von Sowjetbehörden auffordert. Die von Petljura im Jambol'schen Kreise (Gouv. Kobloden) ausgeschobenen Bauern haben erklärt, daß sie gegen die Sowjet-Truppen nicht kämpfen wollen, und sind zur roten Armee übergetreten. Auch etliche an der Linie Schmerina-Birula postierte Detachements Petljuras sind in voller Ausrüstung zu den Sowjettruppen übergegangen. Nachrichten aus Berditschew zufolge, ist das Direktorium gestürzt worden und an seine Stelle ein Rat getreten. Überall wächst die Aufstandsbewegung. Aus allen ukrainischen Städten wird der Zusammenschluß der Sozialdemokraten (Menschewiki), der Sozialrevolutionäre, des Bundes und der Zionisten mit den Kommunisten gemeldet. Odessa ist die ganze Zeit über, seitdem Franzosen und „Freiwillige“ in der Stadt das Heft in der Hand haben, einer Hungerblockade ausgesetzt, indessen die umliegenden Sieblungen die Anfuhr von Lebensmitteln aus Umkreis vor den Kriegswirren, vielleicht aber auch zum Zeichen des Protestes gegen die „Fremden“ hinhaltend. In Tiflis hielt es dieser Tage gar, daß Odessa auch bereits in die Gewalt der Bolschewiki gelangt sei; doch meldet weiter die Georg. Tel.-Agentur, noch irgend eine der tilscher Zeitungen die Bestätigung dieser Nachricht. — Die Militärdiktatur Denikin's erstreckt sich über die ganze Krim. Die Lage ist hier eine unter dem Zeichen politischer Spannung recht gedrückt. Das Vordringen der ukrainischen Bolschewiki veranlaßt den General, Truppen aus dem Kuban-Gebiet herüberzuführen. Wie diese bolschewistische Mitteilung weiter besagt, soll ein Massenübergang der Soldaten aus der „Freiwilligen-Armee“ zur roten Armee stattfinden, trotzdem Denikin schwere Strafen für den Abfall androht. — Die englische Mission in Tiflis ersucht die hiesige Presse um nachdrückliche Veröffentlichung: „Wir haben erfahren, daß die gestern (27. 2.) von der

bolschewistischen drahtlosen Presse übermittelte Nachricht von einer Panik, die in Kofkow und Nowosibirsk herrschen soll, unbegründet ist. Unseres Wissens ist die Lage in beiden Städten eine normale und ruhige und die Position der Freiwilligen-Armee General Denikin's an der Linie von Jarizon gegen Westen eine feste.“ Ferner: „Nach glaubwürdigen Mitteilungen vom 20. Februar, die aus Jekaterinodar eingetroffen sind, sind die Truppen General Denikin's an der gegen nördlichen Front des Dongebietes im 20. April vorgezogen.“ Es sind dabei viele Gefangene gemacht und ist viel Munition erbeutet worden. Im nördlichen Kaukasus ist es soeben völlig ruhig.“ Hierzu ist zu bemerken, daß nach bolschewistischen Meldungen die Sowjettruppen bei der Station Mironowo (Moskow-Kajanan Linie) und gleichzeitig in südwestlicher Richtung von Jarizon in weit vorgeschobener Stellung große Erfolge erzielt haben sollten. — Der bolschewistische Heteresbericht weist überhaupt täglich Siegesnachrichten auf, nach denen zu urteilen in letzter Zeit von den Bolschewiken nicht nur beträchtliche Teile des Dongebietes eingenommen worden sind, sondern überhaupt der Osten und Süden Rußlands immer mehr und mehr in ihre Botmäßigkeit geraten, von den Ostprovinzen ganz zu geschweigen, die ja ziemlich im ganzen Umfang von bolschewistischen Truppen besetzt zu sein scheinen, mit Ausnahme des größten Teils von Estland, des nördlichen Livlands und eines schmalen Landstreifens in Kurland (langes dem Meeressufer zwischen Windau und Libau, wo ihnen noch deutsche Truppen Widerstand leisten). — In Moskau finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung einerseits und Vertretern der Sozialdemokratie (Menschewiki), der rechten Sozialrevolutionäre und der „Gruppe der Gründungsverammlung“ (linker Regierung, die durch Admiral Koltshak befehligt wurde) andererseits statt, die auf eine Vereinigung abzielen, welche, wenn sie zustande käme, eine nicht zu unterschätzende Verstärkung der Demokratie in Rußland bedeuten würde, deren Spitze sich gegen die „Invasion“ der Fremdländer richtet. Auf welcher Grundlage diese Vereinigung statthaben würde, darüber finden sich in den bolschewistischen Junksprüchen nur kurze Angaben, die den Charakter des bevorzuehenden Kompromisses nicht in jenen Einzelheiten erkennen lassen. Immerhin bleibt die Tatsache interessant, daß eine Annäherung zwischen den genannten sozialistischen Parteien Rußlands angebahnt wird. — Die englische Mission in Tiflis bittet folgendes mitzutellen: „Nach heute (26. 2.) und zugegangenen authentischen Nachrichten haben sich die Dsseten und Inguschen der Freiwilligen-Armee General Denikin's zum Kampfe gegen die Bolschewiki angeschlossen.“ Ferner: „General Denikin hat Brjanskosko am Kaspiischen Meer erreicht. Die bolschewistische Armee ist aus Haupt geschlagen.“ — Die „Borjba“ u. 28. 2. weiß von „Gerüchten“, nach welchen der Konflikt zwischen der Regierung der Bergvölker und der „Freiwilligen-Armee“ sich bis zum offenen Zerwürfnis zugeigelt hat. Die Führer der gen. Armee hatten die erwähnte Regierung aufgefordert, die Vollmachten niederzuliegen und vom Tagelöhner Truppenteile zum Kampfe gegen die Bolschewiki und zum Feldzug nach Rußland zu stellen. Die Regierung weigerte sich, die Vollmachten niederzuliegen, und rüst nun die dril. Bevölkerung zum Kampfe für die Unabhängigkeit auf. — Das in Baku stationierte, zum Teil noch erst in der Bildung begriffene Detachement der „Freiwilligen-Armee“ soll nach Petrowski übergeführt werden, wo sich auch die Zentrale der neuen „Freiwilligen“ befinden wird. — Die engl. Mission in Tiflis bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung: „Der frühere türkische Kommandierende Kuri-Pasha und Murad Bey befinden sich in Batum am Arcefi und barren hier des über sie abzuhaltenden Gerichts.“

**Zur Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes.**

Immer lauter wird in der Presse der Verbündeten — im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zur eigentlichen Friedenskonferenz, die in allernächster Zeit ihre Tagung beginnen soll. — die Forderung gestellt, die deutschen Kolonien sowohl in Stillen Ozean als auch in Afrika nicht an Deutschland zurückzugeben, sondern zwischen den Ententemächten aufzuteilen. Da diese Forderung dem Wilson'schen

Friedensprogramm zuverläßlich, dieses aber die Grundlage des deutschen Friedensangebots bildete, so müßte sie eigentlich als Übertragung erscheinen. Letzteres trifft aber nur bei denen zu, die mit der bisherigen Stellungnahme der britischen Reichsregierung und der Vertreter der Dominien (britischen Kolonien) zur Frage der event. Herausgabe der deutschen Kolonien an Deutschland bind. Vorentscheidung ihrer Herausgabe nicht näher bekannt sind. Wer aber weiß, wie die Vertreter der britischen Kolonien und die Londoner Regierung noch lange vor Einberufung der Friedenskonferenz hierüber dachten, den haben obige Stimmen keineswegs überrascht.

„Es sind namentlich die Vertreter der Dominien gewesen, die immer wieder auf einen solchen Beschluß hingedrängt haben“, schreibt die „Tägliche Rundschau“, und fährt dann fort: „Es sei hierbei nur erinnert an Äußerungen des Generals Ernsts, des australischen Ministerpräsidenten Hughes, des neuseeländischen Finanzministers Ward. Letzterer erklärte beispielsweise — und das war der Kernpunkt auch aller Äußerungen der übrigen britischen Kolonialmänner —, es sei für die Bevölkerung der entfernten Teile des britischen Reiches undenkbar, daß Deutschland jemals wieder in der Südsee Fuß fassen dürfe. „Würde man ein solches Unglück zulassen, so würde die Mehrheit bei uns am Mutterlande verzwweifeln, und die durch den Krieg geschlagenen Völker der Reichseinheit würden überanrennt werden“. Die gleichen Anschauungen wurden mit großer Zähigkeit auch in England verbreitet. Der englische Kolonialminister Walter Long erklärte schon vor anderthalb Jahren, daß England gar nicht an die Herausgabe der deutschen Kolonien denke, und man betrie sich dabei auf die Stimmungen in den Kolonien. Das englische Unterhausmitglied Marriot äußerte über die Weltpolitik, eine Rückgabe der deutschen Kolonien würde der deutschen Flotte beispielsweise an der langen Küste Deutsch-Südafrikas die Möglichkeit geben, die englischen Verbindungen nach Indien und der Südsee zu unterbrechen, und diese Ausrichtungen seien sowohl für den englischen Überseehandel wie für die Strategie des englischen Weltreiches eine schwere Bedrohung. Das gleiche treffe für die Ausnutzung der schwarzen Weidenschaft zu. Man dürfe Deutschland unter keinen Umständen eine unerhörte Quelle für Rekruten in Afrika bieten. Für die Südafrikanische Union sei die Anwesenheit der deutschen in Südafrika nicht nur eine beständige Gefahr vor ihren Toren, sondern auch eine schlechtere unmittelbare Gefahr sogar in ihrer Hauptstadt. Mitin würde die bloße Andeutung einer Rückgabe von Deutsch-Südafrika die bittersten Empfindungen in der Südafrikanischen Union auslösen und den Briten die Verachtung eines jeden Schwarzen eintragen. Um diese Politik zu rechtfertigen, behauptet man, Deutschland hätte in seinen Kolonien „eine Blutpolitik“ getrieben, die deutsche Herrschaft sei in Afrika „als die Herrschaft der „Reiche berichtigt“, während das britische Reich eine Politik der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit gegen die Eingeborenen geführt habe. „Und im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit erleben wir“, so schreibt die Londoner „Morning Post“, „begründeten Anspruch auf die Gebiete, die die Deutschen im Kriege an Großbritannien verloren haben“. Es hat natürlich keinen Wert, sich mit der Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptungen auseinander zu setzen. Die französischen Pläne auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den französischen Kolonien sind ja ohnehin Beweis genug, wie man sich in Wirklichkeit die weitere Entwicklung der Dinge in Afrika denkt. Die „Morning Post“ läßt in ihrer Abneigung gegen die Rückgabe der deutschen Kolonien offen erkennen, daß Deutschland auch keine Rohstoffgebiete zur Verfügung stellen dürfe. Es solle nicht einmal, falls der Völkerbund zustande komme, im internationalen Ausschusse einen Platz erhalten, von dem aus es die Kontrolle und die Ausnutzung der Kolonien bzw. der Rohstoffgebiete ermöglichen könnte. „Diese Gefahr“, so schreibt die „Morning Post“, „muß ebenfalls von den Staatsmännern unserer Dominien mit aller Entschlossenheit bekämpft werden“. Erinnert man sich der Rede, die der australische Ministerpräsident in einer Arbeiterversammlung in Cardiff gehalten hat, und in der er die Auslösung Deutschlands aus der Völkerfamilie verlangte und darauf hinwies, daß die Rohmaterialien der Brennpunkt des Wirtschaftskampfes seien, und daß nach dem Kriege ein scharfer Kampf um die Rohmaterialien einsetzen werde, und hält man sich weiterhin die Äußerung Lord Cecil vor

Augen, die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands dürften nicht mehr zur Vorbereitung eines Krieges benutzt werden, so erseht man daraus, wie systematisch die britische Politik darauf ausgeht, die Kontrolle der Rohstoffe nach dem Kriege in der Hand zu behalten, und daß man uns Rohstoffe nur so lange zur Verfügung stellen würde, als wir uns jeder Forderung Großbritanniens fügen. Man will uns also englischerseits als politische Kontinentalmacht vernichten, als Industrie- und Wirtschaftsmacht und als Kolonialmacht. Damit wäre naturgemäß jede Exilierungsmöglichkeit Deutschlands ausgeschlossen, und wir wären auf Gebeihen und Verberben Großbritanniens ausgeliefert.“

Soweit die „Tägl. Rundschau“. Soweit Meinungsäußerungen englischerseits, die dargetun, wie man sich im Lager Verbündeten die Sache vorstellt. Soweit der Nachweis, daß von einer Übertragung durch die Forderung der Aufstellung der deutschen Kolonien auf deutscher Seite kaum die Rede sein kann.

Es bleibt nun abzuwarten, ob nicht doch zuguterletzt bei den Verbündeten die bessere Einsicht siegen wird, daß ein wirklicher Friede, ein dauerhafter Friede, der Weltfriede undenkbar ist, wenn Mittel zur Herstellung eines solchen angewandt werden sollen, die gerade das Gegenteil von dem erzielen werden, was sie bezwecken. Es sei denn, daß die Verbündeten beschloßen hätten, „Deutschland nicht die Wohlthat des Friedens genießen zu lassen, sondern es zu vernichten. Da fragt sich's aber: Haben alle Mächte der Welt ein Interesse daran, daß diese Vernichtung stattfindet?

**Aus dem deutschen Leben.**

Eindrücke von einer Fahrt durch die Kolonien in Georgien.

Unsere Reise durch die Kolonien in Georgien hat uns wieder davon überzeugt, wie außerordentlich notwendig es ist, mit denselben möglichst oft in Berührung zu kommen. Das lebendige Wort übt eben eine ganz andere Wirkung aus, als das geschriebene, und nur durch einen ruhigen persönlichen Meinungsaustausch lassen sich Missverständnisse aus der Welt schaffen, die für Missverständnisse beruhen, aber von großem Schaden für unsere gemeinschaftliche nationale Arbeit sind. In Anbetracht dessen können wir auf unsere Reise mit Genugtuung zurückblicken, da es uns gelungen ist, verschiedene solcher, auf Unkenntnis der Menschen und Verhältnisse beruhende Unzufriedenheiten zu beseitigen, und wir dadurch zur erlebten völligen Einigkeit wiederum einen Schritt näher gekommen sind. Wir können dabei mit Freude und Dank feststellen, daß wir überall mit großem Entgegenkommen empfangen wurden und die Herzlichkeit bei der Absahrt noch größer war. Dieser Umstand bürgt uns dafür, daß wir einander verstanden haben, was ja die Hauptbedingung bei unserer nationalen Arbeit ist.

Trotz solcher erfreulichen Erscheinung müssen wir darauf hinweisen, daß es noch an vielem mangelt und manche Fehler zu beseitigen sind. Es liegt uns fern, jemandem Vorwürfe machen zu wollen, aber es ist unsere Pflicht, alles zu tun, was unsere Sache irgendwie fördern konnte.

Vor allen Dingen fehlt es, unseres Erachtens nach, an einem genügenden Verständnis für die Ziele und Zweck unserer Organisation. Es ist noch nicht genügend Verständnis für die Bedeutung derselben vorhanden, infolgedessen die Arbeit nicht hinreichend zielbewußt ist. Es sei deshalb denjenigen Personen, die in der Hinsicht aufgeklärter sind, nahegelegt, das Nötige in dieser Richtung zu besorgen. Es ist die Pflicht eines jeden, der die Möglichkeit dazu hat, sich voll in den Dienst unserer Sache zu stellen, indem er die eigene Person in den Hintergrund treten läßt und nur die allgemeinen Ziele ins Auge faßt. Es kostet nicht nur einen äußeren Kampf, sondern zugleich einen inneren: den mit den eigenen Gefühlen und Interessen. Erst wenn wir so weit gekommen sind, daß wir unsere persönlichen Interessen und unseren Standpunkt dem Wohle der ganzen Sache zu opfern bereit sind, kann von erfolgreicher Entwicklung unserer Arbeit die Rede sein. Es kostet natürlich große Überwindung und Selbstbeherrschung, worauf wir besonders hingewiesen haben möchten. Können wir dieses von der Masse unseres Volkes auch nicht erwarten, so darf es doch von den führenden Persönlichkeiten gefordert werden. In Wirklichkeit macht sich dagegen eine übermäßige Empfind-

lichkeit und Unlust bemerkbar; man ist imlande, wegen Kleinigkeiten dem Ganzen zu schaden, und statt nach Kräften zu helfen, daß Fehler wieder gut gemacht würden, rationalisiert man über sie und diejenigen, die sie gemacht haben; man zieht sich von der Arbeit zurück und schadet dadurch dem Ganzen noch mehr. Fehler kann jeder machen, und sind sie vorgekommen, so ist man noch lange nicht berechtigt, sich deshalb zur gemeinschaftlichen Arbeit passiv zu verhalten. Man überwinde sich, stets eingebett sein, das alles vermeiden werden muß, was der allgemeinen Sache schaden könnte. Gemeinnützige Arbeit verlangt Opfer, und diese gern und umgeungen zu bringen, dazu muß sich jeder bewußte Arbeiter selbst ergeben.

An einem richtigen Verständnis unserer Organisation fehlt es leider fast überall, was am meisten beim Bezug der „Kauf. Post“ zu bemerken ist. Gibt es doch Ortsgruppen, welche die ihnen zugedachten Paleten der „R. P.“ nicht einmal öffnen und sie zurückschicken, ohne auch nur den Grund dessen zu erklären. Wir hoffen, daß dieses dort nicht mehr vorkommen wird, wo wir die notwendigen Erklärungen gegeben haben. Leider waren wir nicht in der Lage, wegen schlechter Wege und Zeitmangel, alle Kolonien zu besuchen. Dort aber, wo wir nicht gewesen sind, ist es Pflicht der Vorstände, sowie auch der Pastoren und Lehrer, in dieser Hinsicht das Nötige zu tun.

Es gelang uns dieses Mal, nur einige weniger entfernte Kolonien zu besuchen, so gern wir unsere Reise auch weiter ausgedehnt hätten. Wir mußten dieses aber unterlassen, nicht weil wir es nicht für notwendig gefunden hätten, sondern weil wir, wie schon erwähnt, aus Mangel an Zeit nicht die Möglichkeit dazu hatten. Es tut uns das umso mehr leid, als in denjenigen Kolonien, welche fast vollkommen abgeschnitten von aller Welt leben, ein persönlicher Meinungsaustausch ganz besonders erforderlich wäre. Dieser Umstand überzeuge uns wieder von der Notwendigkeit der Anstellung eines Wanderlehrers, der stets in Zahlung mit den Kolonien stehen, ihnen mit Rat und Tat beistehen und ihre Interessen vor dem Zentralvorstand vertreten müßte.

Ein großes Vergnügen bereitete es uns, die Schulen besuchen zu dürfen und in die Arbeiten verschiedener Kinder Einsicht bekommen zu haben, welche von großer Lust und Strebsamkeit der Lernenden und viel Mühe und Liebe zur Sache zeigten der Lehrenden zeigten. In manchen Kolonien hat man mit großen Mängeln zu kämpfen, welche eine richtige Entwicklung der Schulen hemmen, so z. B. mit dem Mangel an Räumlichkeiten, an Lehrmitteln u. a., aber wir hoffen, daß falls es uns gelingen sollte, unser Nationalvermögen von der georgischen Regierung zu erhalten, wir die Möglichkeit haben werden, diesen Mängeln abzuhelfen, in erster Reihe natürlich in den ärmeren Kolonien.

Wir schließen unsere Betrachtung mit einem freundlichen Dank für die herzliche Aufnahme in den Kolonien und hoffen, daß wir bald die Möglichkeit haben werden, auch diejenigen Ortsgruppen zu besuchen, welche wir auf dieser Reise nicht berührt haben.

Im Auftrage des Zentralvorstandes des Verbandes der transkauk. Deutschen:  
E. Tröhler.

**T i l l i s .**

Donnerstag, den 27. 2., wurde bei in hiesigen weitesten Kreisen bekannte D. Stephan Wittmann zu Grabe getragen. Derselbe hat fast 24 Jahre in Diensten des österreich-ungarischen Konsulats und hat sich während dieser ganzen Zeit durch besonderen Dienstesifer und Treue ausgezeichnet und dadurch die Achtung und das Vertrauen aller Konsuln erworben. Auch der letzten hiesigen österr.-ungar. Mission hat D. Wittmann mit Hingebung seine Dienste gewidmet. Leider konnte er infolge der unglücklichen politischen Verhältnisse und seines frühen Hinscheidens nicht mehr den Lohn für seine Dienste ernten. Doch wird ihm der Staat, dem er so treu ergeben war, für seine aufopferungsvolle Tätigkeit gewiß fortwährend ein dankbares Andenken bewahren. D. Wittmann hinterläßt außer der trauernden Witwe noch zwei Töchter, denen der allzu früh Dahingegangene stets ein liebevoller und fürsorglicher Gatte und Vater war. Er ruhe in Frieden!

**Briefkasten der Redaktion.**

Katharinenfeld, Ernst Rimmerle. Ihr Gedicht „An alle“ kann leider unter den obwaltenden Verhältnissen augenblicklich nicht in unserem Blatte zum Abdruck gelangen. Dies ist das Gutachten des Zentralvorstandes des Verbandes der transk. Deutschen, das für die Schriftleitung verbindlich ist. — Vielleicht aber schreiben Sie uns nächstens etwas — in Prosa — über Dinge, die zu behandeln auch heute erlaubt ist, z. B. wie Sie sich die „Reorganisation“ der „Kauf. Post“ vorstellen oder was, nach Ihrer Meinung, an unserer Zeitung zu verbessern wäre. Wir würden nicht ermangeln, Ihre Gedanken und event. Vorschläge zu berücksichtigen und zu ihnen in sachlicher Weise Stellung zu nehmen.

Herausgeber: Der Z. V. des Verbandes der transk. Deutschen Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.